



Silas Weibel fühlt sich wohl auf der Baustelle. Inzwischen hat er sich an die körperlichen Bedingungen gewöhnt.
Bild: Alex Spichale

gungen erfüllt sind und die ersten Lernenden nach neuem Standard ausgebildet werden. Spätestens im Sommer 2025 soll es aber so weit sein.

Der Quereinstieg soll einfacher werden

Damit die frisch ausgebildeten Fachkräfte der Branche treu bleiben, sollen auch die vier Weiterbildungslehrgänge für die Kaderfunktionen attraktiver werden. Geplant ist, die Abschlüsse zu standardisieren – das bedeutet, dass in Zukunft auch Vorarbeiter und Bauführer einen eidgenössisch anerkannten Titel führen. Bisher war das nur bei den Polierern und Baumeistern der Fall. Ob das neue Weiterbildungskonzept eingeführt wird, entscheidet die Delegier-

tenversammlung im November. Parallel zu diesen geplanten Neuerungen will das Baugewerbe auch durchlässiger werden: «Zukünftig wollen wir uns für Quereinsteiger mehr öffnen», sagt Marc Aurel Hunziker.

Bisher brauchte es zur Weiterbildung eine Lehre als Maurer oder Baupraktiker, neu soll der Weg auch für Personen aus anderen Branchen frei werden, sofern sie die nötige Berufserfahrung im Bauhauptgewerbe mitbringen. Für Personen wie Silas Weibel, die zum Beispiel als Erstlehre eine kaufmännische Ausbildung abgeschlossen haben und später eine Kaderfunktion im Baugewerbe anstreben, ist es also bald nicht mehr nötig, auf dem Bau eine Zweitlehre zu machen.

60 bis 120 Millionen: SVP, FDP und Mitte für Steuersenkung

Bürgerliche fordern, dass Einnahmen aus Gebäude-Neuschätzung und Eigenmietwert-Erhöhung an die Bevölkerung zurückgehen.

Mathias Küng

Die Gebäude im Aargau sollen neu geschätzt, der Eigenmietwert angepasst werden. Eine entsprechende Vorlage per 2024 bringt dem Staat erkleckliche Mehreinnahmen. Der AZ liegt dazu ein Steuer-Vorstoss von FDP und SVP vor. Er wird heute im Grossen Rat eingereicht. Die durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts ausgelösten Erhöhungen (sie sind noch nicht beschlossen, aber bei den Parteien akzeptiert) bringen dem Kanton 63, den Gemeinden 57, zusammen also rund 120 Millionen Franken Mehreinnahmen.

Die Fraktionen von FDP und SVP laden die Regierung mit einem Postulat ein, gleichzeitig mit der Vorlage zum Schätzungswesen und zum angepassten Eigenmietwert auch einen Bericht und Anträge zur Senkung der Steuersätze für natürliche Personen zu unterbreiten. Mit dem Ziel, so der FDP-Fraktionschef und Sprecher der Postulanten, Silvan Hilfiker, «dass die Mehreinnahmen durch die Anpassung der Eigenmiet- und Vermögenssteuerwerte kompensiert werden».

Ein Verwaltungsgerichts-Urteil vom 16. September 2020 verpflichtete den Aargau, die Eigenmietwertbesteuerung zu erhöhen, sagt Hilfiker. Auch die Vermögenssteuerwerte von Liegenschaften müssten in diesem Zusammenhang erhöht werden. So entspreche die steuerliche Liegenschaftsbewertung im Aargau wieder den gesetzlichen Vorgaben. Das führe zu einer höheren Steuerbelastung der natürlichen Personen und insbesondere des Mittelstands.

Erhöhung belastet letztlich wohl auch die Mieterschaft

Letztlich belastet diese Erhöhung auch die Mieterinnen und Mieter, denn eine Überwälzung der höheren Kosten sei zu erwarten. Deshalb seien bei der nächsten Steuergesetzrevision «die Steuern für natürliche Personen mindestens im Umfang der zusätzlichen Steuereinnahmen zu senken, sodass die Zu-

satznahmen kompensiert und an die Bevölkerung im Aargau zurückgeführt werden», heisst es im Vorstoss weiter.

Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuer?

«Der Kanton soll schauen, dass die ganzen 120 Millionen Franken an die Bevölkerung zurückgehen», fordert Hilfiker namens der FDP und der SVP. Aber wie? Es gab schon Rufe von Eigentümern, das Geld solle an sie zurückgehen. Das sieht Hilfiker nicht so: Eine solche steuerliche Bevorzugung wäre wohl nicht gesetzeskonform und nicht korrekt, weil die Mehrkosten ja wohl an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben werden. Zudem wäre sie auch nicht mehrheitsfähig.

Hilfiker: «Eine mögliche Lösung wäre aber eine Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuer. Dies betrifft auch die Gemeinden, da diese durch die Festlegung des Steuertarifs im kantonalen Steuergesetz direkt betroffen sind. Die Einführung von neuen Abzügen für Eigentümerinnen und Eigentümer als Alternative sehe ich weniger», sagt Hilfiker.

Warum marschieren FDP/SVP und Die Mitte getrennt?

Das Erfolgsrezept der Bürgerlichen bei der Steuerrevision, die das Volk am 15. Mai an der Urne gutgeheissen hat, bestand darin, dass FDP, SVP und Mitte diese gemeinsam initiiert und vertreten hatten.

Warum fehlt diesmal die Mitte? Diese verfolgt zwar in Bezug auf die 60 Millionen kantonalen Mehreinnahmen dasselbe Ziel, sagt Fraktionschef Alfons Paul Kaufmann: «Aber wir beschränken uns darauf, dass der Kanton dieses Geld innerhalb des Steuerwesens an die Bevölkerung zurückgeben soll. Wir er-

«Seine» **63** Mio. Franken kommenden Mehreinnahmen soll Kanton der Bevölkerung zurückgeben.

warten von der Regierung anlässlich der Erarbeitung der Steuerstrategie entsprechend Lösungsvarianten, um die Mehreinnahmen zu kompensieren.»

Die Mitte : bei Gemeinden nicht einmischen

«Bei den Gemeinden wollen wir uns nicht einmischen, sie sollen autonom entscheiden können, was mit ihren Mehreinnahmen geschieht», sagt Kaufmann weiter. Auch Die Mitte wird heute ein entsprechendes Postulat einreichen.

Man sei sehr zuversichtlich, dass der Prüfauftrag überwiesen wird, sagt Kaufmann. Es werde vom Regierungsrat erwartet, dass die Mehreinnahmen auf Kantonsebene in geeigneter Form zur Attraktivitätssteigerung im Steuerwesen eingesetzt werden, heisst es im Vorstoss weiter, und: «Sie sollen durch entsprechende Anpassungen den Steuerpflichtigen wieder ausgeglichen werden. Bei diesem Ausgleich soll auch die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit den anderen Kantonen, vorab unserer Nachbarkantone, berücksichtigt werden.»

Grünliberale kommen diesmal nicht mit ins Boot

Bei der Steuerabstimmung vom 15. Mai sind die Aargauer Grünliberalen wie SVP, FDP und Die Mitte für jene Vorlage eingestanden. Doch diesmal tritt die GLP auf die Bremse. GLP-Präsident Philippe Kühni sagt, man habe ja eben erst eine Steuersenkung beschlossen. Es gebe keine Not, die Steuern grad noch einmal zu senken, zumal die Hauseigentümerinnen und -eigentümer wegen eines gesetzeswidrigen Zustands jahrelang viel Geld gespart hätten.

Jetzt solle man erst schauen, wie sich die Reform vom 15. Mai auswirkt, zumal man sich neuen grossen Unsicherheiten gegenüber sehe. Kühni: «Vielleicht sind wir bald froh um diese Mehreinnahmen. Wir Grünliberalen wollen einen Teil davon ohnehin für Zukunftsprojekte einsetzen.»

Nachrichten

Auto überschlägt sich wegen betrunkenen Frau



Villmergen Am Sonntag hat eine 37-jährige Autofahrerin den Vortritt ignoriert und dadurch eine Kollision mit einem anderen Auto verursacht, wie die Kantonspolizei Aargau meldet. Die Kollision war so heftig, dass sich das andere Auto überschlug. Verletzt wurde niemand.

Bei der Tatbestandsaufnahme stellte sich jedoch heraus, dass die Frau Alkohol im Blut hatte. Sie musste ihren Führerschein abgeben. (az)

Mann fährt Fünfjährige an und flüchtet danach

Oeschgen Eine Mutter ist mit ihrer fünfjährigen Tochter auf dem Velo von Frick in Richtung Eiken gefahren. In Oeschgen kam ihnen ein Auto entgegen, das mit dem Schattenfahrrad der Fünfjährigen zusammenprallte. Das Mädchen wurde leicht verletzt. Der Fahrer flüchtete daraufhin in Richtung Frick. Der Vorfall geschah am Sonntag

um 10.30 Uhr. Beim dunkelblauen Fahrzeug handelt es sich vermutlich um ein Auto der Marke Renault. Die Polizei bittet Zeugen, sich unter 0628868888 zu melden. (az)

Fahrer schläft am Steuer ein und verursacht Unfall

Laufenburg Ein Autofahrer ist am Sonntag von Laufenburg in Richtung Basel unterwegs, als er auf die Gegenfahrbahn gerät und mit der Randleitplanke kollidiert. Wie die Kantonspolizei Aargau mitteilt, ist der 37-jährige Fahrer gemäss ersten Erkenntnissen wohl am Steuer eingesnickt. Er blieb unverletzt. (az)